

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Donnerstag, 28. Februar 1974

Blatt 404

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Kommende Woche: Konstituierung der Kommission für moderne Familienfürsorge

Schweda: Stabilitätspolitik nicht auf dem Rücken der Gemeinden

Lokal:

Wiens neuer Stadtkommandant begann mit "Brückenschlag" zu den Stadtvätern

Unter dem Stephansplatz waren Weinkeller

Wirtschaft:

Nekula: Ernste Auswirkungen der Heizölver-  
teuerung auf die E-Werke

Horst Knapp: Konsequenzen der Energielage

Kulturdienst:

Erhard Edgar Jené - 70. Geburtstag

"Tag der Lyrik": Lyrik in der Fußgängerzone  
und Diskussion

Chef vom Dienst 42 800/Durchwahl 2971



k o m m u n a l :

=====

schweda: stabilitaetspolitik nicht auf dem ruecken der gemeinden

3 wien, 28.2. (rk) mehr als 43 milliarden schilling werden oesterreichs gemeinden ohne wien in den kommenden vier jahren investieren. das ergab eine untersuchung, die von staedtebund, gemeindebund, sparkassenverband und landeshypothekenanstalten gemeinsam durchgefuehrt wurde. wien wurde in die untersuchung nicht einbezogen, weil der investitionsaufwand ungefaehr so gross ist wie der aller anderen gemeinden zusammen und deshalb die einbeziehung wiens das gesamtbild entscheidend gepraeagt haette.

bei den gemeinden mit weniger als 5.000 einwohnern entfallen 47 prozent der investitionen auf die wasserversorgung und die abwasserbeseitigung. gemeindebund-generalsekretaer hofrat h a m m e r bezeichnete dies als beweis fuer den grossen nachholbedarf der kleineren gemeinden. mit 22 prozent folgt das schulwesen, mit 10 prozent des gesundheitswesen.

bei den gemeinden mit mehr als 5.000 einwohnern stehen das schulwesen und die wirtschaftsunternehmen (versorgungs- und verkehrsbetriebe, hafen- und fluganlagen, lagerhaeuser) mit je 20 prozent an der spitze. es folgen wasserbauten mit 19, gesundheitswesen mit 14 und verkehrsbauten mit 13 prozent.

die gemeinden koennen nur mehr 21 prozent ihrer investitionen aus eigenmitteln decken. bei der erhebung 1969 waren es noch 30 prozent. 17 prozent werden aus zuschuessen, vor allem des bundes und der laender, gedeckt, 62 prozent (1969: 47 prozent) durch kredite. 83 prozent dieser kredite kommen von den sparkassen und den landeshypothekenanstalten, die damit einen entscheidenden beitrag zur finanzierung kommunaler investitionen leisten.

Landtagspraesident otto s c h w e d a nahm als generalsekretaer des oesterreichischen staedtebundes zum hohen geldbedarf der gemeinden stellung und erklaerte: "jede noch so wuensenswerte investition ist nur dann sinnvoll, wenn die voraussetzende und dem bedarf der bevoelkerung entsprechende infrastruktur vorhanden ist.



infrastruktur-investitionen sind jedoch in der planung und in der durchfuehrung langfristig und daher kaum fuer stabilisierungsmassnahmen geeignet. es waere gefaehrlich, die restriktionen auf diesem gebiet fortzusetzen, weil damit lebensinteressen der bevoelkerung gefaehrdet werden koennten. das gilt besonders fuer die energievorsorgung. die gemeinden tragen zur stabilisierung so weit wie moeglich bei, aber diese stabilisierung darf nicht auf ihrem ruecken durchgefuehrt werden. deshalb appellieren wird an den finanzminister, bei der lockering der restriktionen die gemeinden nicht zu vergessen.''

1030

k o m m u n a l . :

=====

kommende woche:

konstituierung der kommission fuer moderne familienfuersorge

5 wien, 28.2. (rk) kommenden mittwoch, den 6. maerz, findet im rathaus in anwesenheit von vizebuergerrmeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r die konstituierende sitzung der kommission fuer fragen der modernen familienfuersorge statt.

das jugendamt der stadt wien hatte am 16. und 17. jaenner im wiener rathaus eine enquete ueber aktuelle fragen der modernen familienfuersorge durchgefuehrt. das tagungsthema wurde dabei von anerkannten in- und auslaendischen experten in referaten aus soziologischer, sozialpsychiatrischer, sozialpaedagogischer und juridischer sicht behandelt und anschliessend von den tagungsteilnehmern eingehend diskutiert. die dabei gewonnenen erkenntnisse und anregungen sollen nunmehr im rahmen einer kommission ausgewertet werden. vorsitzender der kommission wird univ.-prof. doktor walter s p i e l sein. als mitarbeiter wurden vom jugendamt der stadt wien unter anderem die universitaetsprofessoren dr. marian h e i t g e r , dr. leopold r o s e n m a y r , dr. hans a s p e r g e r , dr. peter b e r n e r , dr. hans s t r o t z k a sowie ministerialrat dr. herbert e n t vom bundesministerium fuer justiz, eingeladen.

1032



l o k a l :

=====

wiens neuer stadtkommandant begann mit  
'brueckenschlag' zu den stadtvatern

2 wien, 28.2. (rk) 'der general der aus der kaelte kam'  
brigadier karl e. s c h r e m s , kommandiert seit 1. jaenner  
1974 die garnison wien.

schrems, 'ur-wiener' und 60. militaerkommandant der bundes-  
hauptstadt, kam - wie der juengsten ausgabe von 'wien aktuell'  
zu entnehmen ist - direkt aus moskau, wo er vier jahre als militaer-  
attache taetig war. dies trug ihm auch die bezeichnung 'der general,  
der aus der kaelte kam' ein.

seine erste taetigkeit war auch gleich ein 'brueckenschlag'  
zu wiens stadtvatern, die sich derzeit im wiener rathaus ueber  
ein neues katastrophengesetz die koepfe zerbrechen. ihnen bietet  
brigadier karl e. schrems die hilfe der wiener garnison an und  
erklaert: 'zu den territorialen aufgaben innerhalb des mili-  
taerischen bereichs gehoert der katastropheneinsatz des bundes-  
heeres. fuer diese aufgabe steht ein grosser teil der soldaten  
'spaten bei fuss' und kann jederzeit eingesetzt werden.'

im neuen katastropheneinsatzplan wird die zusammenarbeit  
der gemeinde wien mit dem militaerkommando neu festgelegt. not-  
stromaggregate, filteranlagen zur trinkwasseraufbereitung, bergungs-  
geraete und notbruecken stehen zur verfuegung.

dazu general schrems: 'neben der militaerischen einsatzbereit-  
schaf' wird in zukunft auch die menschlichkeit zum wohle der  
wiener dominieren.'

1007



L o k a l :

=====

unter dem stephansplatz waren weinkeller  
bei den u-bahn-grabungen stiess man auch auf ein pestgrab

4 wien, 28.2. (rk) auf interessante spuren des mittelalterlichen wien stiessen die historiker in den letzten tagen im zuge der grabungsarbeiten fuer die u-bahnstation stephansplatz. an der suedwestecke des platzes, dort, wo das ''grosse loch'' bereits bis fuef meter in die tiefe gediehen ist, wurden alte hausfundamente freigelegt. sie beweisen, dass der platz frueher viel kleiner war. die haeuser reichten naeher an den dom heran. die goldschmiedgasse nahm ueberdies etwas noerdlicher als heute ihren verlauf.

man entdeckte auch zwei stockwerke tiefe kellergewoelbe. solche keller waren im zuge der u-bahn-vorarbeiten schon an anderen stellen des platzes gefunden worden. man kann nun annahmen, dass faktisch der ganze platz frueher unterkellert war. man wird kaum fehlgehen in der annahme, dass alle diese gewoelbe vorwiegend als weinkeller dienten. es ist bekannt, dass im ausgehenden mittelalter in wien und seinen vorstaedten enorm viel wein produziert wurde. die weingaerten reichten bis nahe an die stadtmauern heran. spaeter, als der weinbau zurueckging, wurden die keller nicht mehr benoetigt. sie wurden mit schutt und sand aufgefuehlt und abgemauert. das kann man heute deutlich feststellen.

interessant fuer die historiker, die staendig bei den u-bahn-grabungen auf beobachtungsposten sind, war auch die freilegung eines friedhofes an der nordwestecke des platzes gegen die rotenturmstrasse zu. zwei graeberschichten wurden freigelegt. die eine befand sich knapp unter dem strassenniveau. die zweite lag anderthalb bis zwei meter tiefer. in dieser aelteren schichte fiel die grosse anzahl von kieferknochen mit voellig intaktem gebiss auf. offenbar wurden dort viele juengere menschen begraben, die einer seuche zum opfer gefallen waren. man duerfte also einen pestfriedhof gefunden haben, der rund um das ehemalige messnerhaus gelegen war



w i r t s c h a f t :

=====

horst knapp: konsequenzen der energielage

(kurzfassung des vortrages, den prof. horst knapp donnerstag im rahmen der vortragsreihe der arbeitsgemeinschaft der oesterreichischen gemeinwirtschaft hielt.)

6 wien, 28.2. (rk) die oelkrise ist bloss die erste andeutung einer hybris des faustischen menschen, die sich oekonomisch als verhaengnisvoller kalkulationsfehler darstellt: in die preise von nichtreproduzierbaren rohstoffen sind bisher nur die foerderkosten, nicht aber auch ''abschreibungen'' fuer den substanzverzehr eingegangen, das ergebnis ist ein truegerischer wohlstand zu nicht kostendeckenden preisen. diese fehlentwicklung liesse sich nur durch politische eingriffe in den marktmechanismus korrigieren. doch abgesehen davon, dass eingriffe der nationalstaaten zu wettbewerbsverzerrungen fuehren wuerden - beispiel: die abhaengigkeit des oesterreichischen benzinpreises von dem in den nachbarstaaten - , liegt es im wesen der demokratie, dass unpopulaere entscheidungen gescheut werden, selbst wenn sie, wie etwa die drosselung des besonders rasch gestiegenen treibstoff- und stromverbrauches der haushalte, sachlich notwendig und gesamtwirtschaftlich am unbedenklichsten sind.

der preismechanismus waere auch bei energie das wirksamste mittel, durch eine verbrauchseinschraenkung die drohende zahlungsbilanzverschlechterung um sieben milliarden abzuwenden, doch muessten dann in jenen faellen, in denen weder eine vermindering noch eine verlagerung der nachfrage moeglich ist, verbilligte benzin- und heizoelbezugscheine ausgegeben werden. entscheidend zu einer verringerung des gesamtenergiebedarfes koennte auch eine revision der verkehrstarife beitragen.

groesser als die preiselastizitaet der nachfrage nach energie ist deren einkommenselastizitaet. das beinhaltet die chance, dass



die - wohl nicht bloss voruebergehende - verlangsamung des wirtschaftswachstums die energienachfrage daempft, aber auch die gefahr, dass sich die verknappung und verteuering der energieverorgung wachstumshemmend auswirkt. jeder wachstumsverzicht droht jedoch zu einer zenreissprobe der sozialpartnerschaft und der demokratie schlechthin zu werden, weil nicht nur die wirtschaftliche reklame, sondern auch die politische propaganda den buerger auf ein dauerndes mehr und mehr hin programmiert hat.

die angst vor einer verschuerfung der verteilungskonflikte erklarte das festhalten an der gewohnten wachstumsphilosophie im allgemeinen und die erleichterung nach dem oelschock im besonderen. diese euphorie koennte sich aber als verhaengnisvoll erweisen, denn die naechste energiekrise kommt bestimmt. zumindest in form einer energiebedingten zahlungsbilanzkrise aller industriestaaten, aus der es nur einen einzigen ausweg gaebe: vermehrte industriegueterlieferungen in die dritte welt, finanziert mit den zahlungsbilanzueberschuessen der oellaender, die diese aber nicht direkt in entwicklungs-laendern, sondern in politisch konsolidierten industriestaaten werden anlegen wollen.

hier bietet sich die chance fuer oesterreich, das immer mehr zu einer einsamen insel der politischen stabilitaet und des sozialen friedens wird. diese chance laege jedoch weniger darin, zu einer art verschubbahnhof fuer ueberzaehliges oelkapital zu werden, sondern in dessen wohlueberlegter verwendung zur schliessung unserer chronischen risikokapital-luecke. um auch diese konsequenz der energielage zu sehen, muessten wir allerdings endlich erkennen, dass es beim oel nicht um ein mengenmaessiges versorgungs-, sondern um ein weit schwerer zu loesendes zahlungsproblem geht.



w i r t s c h a f t :

=====

nekula: ernste auswirkungen der heizoelverteuerung auf die e-werke

8 wien, 28.2, (rk) die verteuerung von schwerem heizoel um rund 94 prozent auf 1.500 schilling pro tonne hat sehr ernste auswirkungen auf die wirtschaftliche lage der wiener e-werke, erklarte stadtwerke-stadtrat franz nekula donnerstag gegenueber der ''rathaus-korrespondenz''.

am vergangenen freitag hat der gemeinderat eine tariferhoehung der e-werke genehmigt, die einen nettoertrag von 254 millionen schilling in diesem jahr bringt. dieses geld ermöglicht es, die bisherigen sperrern im investitionsplan der e-werke weitgehend aufzuheben. damit koennen die e-werke jene investitionen fuer die stromerzeugung und -verteilung durchfuehren, die zur sicherung der energieverorgung unbedingt notwendig sind.

nur drei tage nach diesem beschluss wurde der preis fuer heizoel schwer neu festgesetzt. den mehreinnahmen von 254 millionen stehen nun mehrausgaben von 246 millionen schilling gegenueber. sie ergeben sich aus dem bedarf von 339.000 tonnen heizoel, den die wiener e-werke heuer haben.

besonders ins gewicht faellt dabei, dass die verteuerung von rohoel auf die einzelnen produkte, die daraus gewonnen werden, ungleichmaessig verteilt wurde. die bei anderen produkten, vor allem bei benzin, vermiedenen staerkeren verteuerungen treffen nun in voller haerte die bezieher von schwerem heizoel - also die waermekraftwerke, die fernheizwerke und die industrie.

1320